Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Tim Golke, Dora Heyenn,
Cansu Özdemir, Christiane Schneider, Heike Sudmann
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 20/8147

**Betr.: HSH Nordbank – Beauftragung eines unabhängigen Gutachters für das
Geschäftsmodell der HSH Nordbank und gegebenenfalls Beantragung
des Reorganisationsverfahrens nach § 7 Absatz 1 Restrukturierungsge-
setz**

Die HSH Nordbank hat eine Erhöhung der Ländergarantie über 3 Milliarden Euro auf erneut 10 Milliarden Euro beantragt. Der Hamburgischen Bürgerschaft ist dieser Antrag mit Drs. 20/7297 zur abschließenden Beratung und Zustimmung vorgelegt worden.

Die darin enthaltene wirtschaftliche Situationsbeschreibung der Bank fußt jedoch auf Angaben der HSH Nordbank selbst, die sich in der Vergangenheit stets als falsch erwiesen haben. In der Expertenanhörung des Haushaltsausschusses haben verschiedene Experten, so Prof. Dr. Hellwig vom Max-Planck-Institut, ihre Zweifel deutlich gemacht, dass die Garantieerhöhung die Lage der Bank nachhaltig verbessern würde.

Wörtlich führt er aus: „Die Vorlage des Senats an die Bürgerschaft bietet keine ausreichende Informationsgrundlage für eine sachkundige Beratung und Beschlussfassung der Bürgerschaft. Die Bürgerschaft sollte daher die Vorlage zurückweisen und die Beschlussfassung vertagen, bis eine Unterlage vorgelegt wird, die hinreichend informativ und verlässlich ist. Die Vorlage erweckt den Eindruck, die haushaltsrechtlichen Risiken der vorgeschlagenen Maßnahme seien gering. Dies wird nicht glaubhaft begründet. Ausführungen der Vorlage zu erwarteten Entwicklungen und Risiken verweisen im Wesentlichen auf Aussagen und Modellrechnungen der Bank und werden ansonsten nicht weiter begründet oder belegt. Die Vorlage enthält nicht einmal eine konsistente und nachvollziehbare Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der relevanten Kennzahlen der Bank. Die Einschätzungen der Bank zur weiteren Entwicklung der Schiffahrtskrise sind unrealistisch.“

Der Senat hat bisher eine unabhängige Bewertung der Aussagen der Bank verhindert. Hamburg kommt damit nach wie vor seiner Rolle als Miteigentümer der HSH Nordbank nicht in der notwendigen Art und Weise nach. Statt eine klare Aussage zu treffen, wie der Senat die Zukunft der Bank sieht, verlässt er sich einzig und allein auf das Management der Bank und baut damit weitere enorme Risiken für den Landeshaushalt auf.

Ein tragfähiges Geschäftsmodell für die HSH Nordbank ist nicht zu erkennen. Der Anteil des Neukundengeschäfts an der Bilanzsumme der Bank ist verschwindend gering (weniger als 1 Prozent). Auch in Hinblick auf einen transparenten Umgang mit denen, die die Risiken der Geschäftspolitik der HSH Nordbank tragen, hat sich in den letzten Monaten nichts geändert.

Es ist an der Zeit, dass der Senat seiner Verantwortung nachkommt und das Geschäftsmodell vor Beschlussfassung über eine mögliche Garantieerhöhung einer unabhängigen Begutachtung unterzieht.

Die HSH Nordbank hatte jetzt etwa fünf Jahre Gelegenheit, sich wieder unbelastet aufstellen zu können. Die Bank hat die Zeit ungenutzt verstreichen lassen, es nicht geschafft und sie wird es auch nicht hinbekommen!

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. einen unabhängigen Gutachter zu beauftragen, der im Auftrag des Senates das Geschäftsmodell der HSH Nordbank überprüft und einer Bewertung unterzieht,
2. bis zur Vorlage dieses Gutachtens den Antrag auf Garantieerhöhung für die Bank zurückzunehmen,
3. das Vorliegen der Voraussetzungen für ein Reorganisationsverfahren nach § 7 Absatz 1 Restrukturierungsgesetz zu prüfen
4. der Bürgerschaft hierüber bis zum 31. Dezember 2013 zu berichten.